

Polizeieinsatz in Südafrika

Mordete Polizei Regimegegner?

Dutzende von mysteriösen Todesfällen und das spurlose Verschwinden etlicher südafrikanischer Regimegegner gehen auf das Konto der Polizei, behauptet Captain Dirk Coetzee, früher Kommandeur der Todesschwadron „Askaris". In einem Versteck in Europa gestand er der Wochenzeitung *Vrye Weekblad*, 1981 mit drei schwarzen Kollegen den Anwalt Griffiths Mxenge – führendes Mitglied der militanten Befreiungsbewegung ANC – umgebracht und die Tat als Raubmord kaschiert zu haben. Sein angeblicher Mittäter Butana Nofemela, wegen eines (nichtpolitischen) Mordes zum Tode verurteilt, konnte seine Hinrichtung Ende Oktober verhindern, als er der Gruppe „Anwälte für Menschenrechte" über seine Mitarbeit in der unheimlichen Polizeitruppe berichtete. T. P. McNally, Generalstaatsanwalt im Oranje-Freistaat, und der Chef der Kriminalpolizei, Generalleutnant Alwyn Conradie, untersuchen zur Zeit die Vorgänge, die von Polizeisprechern als „absurd" abgetan werden. Doch weil immer neue Namen von Polizeibeamten auftauchten, ordnete Präsident de Klerk eine Untersuchung an. „Man wird mißtrauisch", meinte die Schwarzen-Zeitung *City Press* dazu, „wenn Polizisten so schwere Anschuldigungen gegen ihre eigenen Kollegen untersuchen sollen."

Armut in Israel

Mehr als zehn Prozent von Israels 4,5 Millionen Bürgern leben in Armut. Besonders erschreckend: In dem Land, das sich selbst als Wohlfahrtsstaat preist, gelten über 223 000 Kinder offiziell als arm. Der Berechnung liegt das Pro-Kopf-Einkommen zugrunde: Als arm gilt in Israel, wer nur die Hälfte des Durchschnittseinkommens verdient. Bei einer Familie mit zwei Kindern liegt die Armutsgrenze derzeit bei 1235 Schekel (1120 Mark). Ohne die finanzielle Hilfe des Nationalen Versicherungsfonds, der 1988 ältere Menschen und Familien mit mehr als einem Kind mit rund 5,8 Milliarden Schekel unterstützte, wären sogar 20 Prozent der israelischen Bevölkerung unter die Armutsgrenze gefallen.

Moscheen-Boom in Frankreich

Frankreichs politisch-religiöser Streit um die Frage, ob das islamische Kopftuch – im Unterricht getragen – das Prinzip des Laizismus verletzt, ist noch nicht entschieden, da haben aufgebrachte Bürger eine weitere Provokation aus der Front der etwa drei Millionen in ihrem Land lebenden Moslems ausgemacht: In den nächsten Jahren sollen in Frankreich mindestens zehn große Moscheen gebaut werden. Das gewaltigste islamische Gotteshaus wird in Marseille entstehen, wo rund 150 000 Moslems leben, und es soll, so Bürgermeister Robert Vigouroux, „schön wie eine Kathedrale" werden. Weitere Moscheen werden unter anderem in Lille, Grenoble, Straßburg, Toulouse und Evry geschaffen. Das verspricht neuen sozialen Zündstoff: Nach einer Umfrage halten 29 Prozent der Franzosen die Errichtung von Moscheen in ihrem Land für nicht normal.



Koranschule in der Hafenstadt Marseille

Chinas Zensur macht Überstunden

Pekings Zensoren haben derzeit alle Hände voll zu tun, um vermeintlich bürgerlich-liberalen oder gar konterrevolutionären Gedankenguts aus Übersee habhaft zu werden. Weil ausländische Zeitschriften in internationalen Hotels frei verkäuflich sind, werden die darin beanstandeten Passagen herausgerissen – so geschehen bei dem amerikanischen Nachrichtenmagazin *Newsweek* – oder ganze Auflagen beschlagnahmt: Das widerfuhr dem US-Blatt *Time*. Auch der SPIEGEL gelangte nur mit entfernten Seiten oder geschwärzten Fotos zum Verkauf. Schwieriger ist schon der Zugriff auf „reaktionäre Propaganda", die per Telekopierer in die Volksrepublik übermittelt wird: Mittlerweile müssen Betriebe und Behörden einen eigenen Telefax-Beauftragten ernennen, der die Sendungen auf subversive Inhalte überprüft. Auch die Ausländer wurden gewarnt: „Man muß die Erziehung der Geschäftsleute und der anderen Fremden in Peking verstärken", so ein Regierungszirkular, „und ihnen beibringen, was verboten ist."

Unita: Ende der CIA-Luftbrücke

Die CIA hat ihre geheime Luftbrücke für die Waffenversorgung der pro-westlichen Unita-Guerillas in Angola eingestellt. Der Nachschub per Flugzeug erfolgte zwischen dem Luftwaffenstützpunkt Kamina in Südzaire und Landepisten im Unita-Territorium von Ostangola. Den Transport übernahm Tepper Aviation aus Crestview, Florida: Flugzeuge der US-Luftwaffe brachten die Kriegsgüter nach Kamina, von wo sie an Bord einer Tepper-Maschine vom Typ Hercules umgeladen wurden. Zwei Jahre funktionierte der Pendelverkehr – bis zum jetzt von Washington verordneten Lieferstopp. Der Grund: Erst kürzlich war ein Waffenstillstandsabkommen zwischen Unita-Chef Jonas Savimbi und Angolas Präsident Eduardo dos Santos geplatzt. Die Übereinkunft, eingefädelt von Zaïres Präsident Mobutu und als Durchbruch für die Friedensbemühungen gepriesen, stellte sich jedoch als diplomatischer Mißerfolg Mobutus heraus – die pro-westliche Unita begann bald darauf mit einer neuen militärischen Offensive. Mit dem Ende der Aufrüstung aus der Luft will die US-Regierung nun erreichen, daß sich die Unita-Guerillas wieder mit der marxistischen MPLA-Regierung zu Friedensberatungen an einen Tisch setzen.